



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

30. Sitzung (öffentlich)

18. April 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

12:20 Uhr bis 14:00 Uhr

Vorsitz: Franz-Josef Knieps (CDU)

Protokollerstellung: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

1 Aktuelle Viertelstunde 5

Thema: **Fachhochschule Gelsenkirchen/Inkubatorzentrum**

- Berichts-anforderung der Grünen-Fraktion

Der Ausschuss nimmt zum Thema des Tagesordnungspunktes eine Stellungnahme von Staatssekretär Dr. Jens Baganz (MWME) entgegen, der sich eine Aussprache anschließt.

2 Innovationsbericht 2006 8

Vorlagen 14/788, 14/789 und 14/1003

Der Ausschuss erörtert das Thema des Tagesordnungspunktes. Staatssekretär Dr. Jens Baganz (MWME) und Staatssekretär Dr. Michael Stückradt (MIWFT) stehen für die Landesregierung Rede und Antwort.

3 Bund/Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ 16

hier: **Anmeldung des Landes Nordrhein-Westfalen zum 36. Rahmenplan**

Vorlage 14/965

Nach kurzer Aussprache fasst der Ausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuss, die Anmeldung des Landes Nordrhein-Westfalen zum 36. Rahmenplan der Bund/Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ - Vorlage 14/965 - zur Kenntnis zu nehmen.

4 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes (ZustVotU) 18

Vorlage 14/979)

Der Ausschuss fasst ohne weitere Aussprache einstimmig folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie hat gegen die Ausfertigung des Verordnungsentwurfs - Vorlage 14/979 - keine Einwände.

5 Im Zentrum des Nationalpark Eifel: Auf die historisch angemessenen und nationalparkverträglichen Kernnutzungen konzentrieren 19

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3852

Vorlage 14/708

Der Ausschuss fasst einvernehmlich den Beschluss, im Mai gemeinsam mit dem Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz eine Anhörung zu veranstalten, deren Ergebnisse von der Landesregierung in ihrer zweiten Leitentscheidung berücksichtigt werden. - **Nachtrag:** Per Obleutebeschluss vom 03. Mai 2007 wird die Anhörung auf den 6. Juni 2007 terminiert. - Beginn: 14 Uhr

6 Zusätzliche Versalzung von Werra und Weser verhindern! 20

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3691

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/3691 wird ohne weitere Aussprache und ohne Votum an den federführenden Ausschuss weitergeleitet.

7 Kommunale Wirtschaftskraft erhalten, Lebensqualität der Menschen in NRW sichern 21

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3837

Und:

8 Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung - GO-Reformgesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3979

In Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3977

Der Ausschuss verständigt sich ohne weitere Aussprache darauf, im Sinne des Vortrags seines Ausschussvorsitzenden zu verfahren und darüber hinaus - so der Vorschlag der antragstellenden Fraktion - den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/3837 auf die Zeit nach der Anhörung zu schieben.

9 Verschiedenes

a) Hannover-Messe 2007

b) Propylen-Pipeline

Zu den Unterpunkten a) und b) siehe Seite 22 des Diskussionsteils.

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt **Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps** zunächst als Vertreter der Landesregierung Staatssekretär Dr. Jens Baganz (MWME) und Staatssekretär Dr. Michael Stückradt (MIWFT) sowie alle weiteren Anwesenden zur zweiten Sitzung des AWME am heutigen Tage und stellt das Benehmen über die Tagesordnung her.

1 Aktuelle Viertelstunde

Thema: **Fachhochschule Gelsenkirchen/Inkubatorzentrum**

- Berichts-anforderung der Grünen-Fraktion

Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps teilt mit, mit Schreiben vom 16. April 2007 habe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Aktuelle Viertelstunde beantragt. Erbeten werde ein Sachstandsbericht einschließlich der Beantwortung dreier Fragen zum Themenkomplex „Fachhochschule Gelsenkirchen/Inkubatorzentrum“.

Zu berücksichtigen bitte er, dass die Thematik in der kommenden Woche umfangreich im Ausschuss für Haushaltskontrolle behandelt werde. Man solle der dortigen umfangreichen Beratung in der heutigen Sitzung nicht vorgreifen und sich darüber hinaus mit Blick auf die noch folgenden Termine auf eine Viertelstunde beschränken.

Staatssekretär Dr. Jens Baganz (Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie) erstattet dem Ausschuss einen Bericht, den er auf Bitten des **Thomas Eiskirch (SPD)** schriftlich zur Verfügung stellen wird (siehe auch Vorlage 14/....).

Die Ausführungen des Berichts der NRW.Bank, stellt **Dietmar Brockes (FDP)** fest, widersprechen dem, was im Haushaltskontrollausschuss vorgetragen worden sei. Um welche „Unregelmäßigkeiten“ habe es sich gehandelt? Der Prüfbericht solle den Mitgliedern des Haushaltskontrollausschusses zur Verfügung gestellt werden, diene das doch der Sachverhaltsaufklärung.

Lutz Lienenkämper (CDU) dankt für die heutige Unterrichtung durch das MWME. Die Fraktionen legten Wert darauf, nicht nur über ein großes Projekt aus der Ziel-2-Förderperiode 2000 - 2006 exemplarisch informiert zu werden, das einer „vertiefteren Aufklärung“ bedürfe. Die dazu erforderliche detaillierte Aufarbeitung über den gesamten Zeitraum werde in der nächsten Woche im Ausschuss für Haushaltskontrolle fortgesetzt. Dazu werde seine Fraktion einen umfangreichen Fragenkatalog vorlegen.

Das Thema, betont **Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)**, betreffe einen Sachzusammenhang an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und müsse deshalb auch im hiesigen Ausschuss behandelt werden. - Am 18. Oktober 2006 habe der Landesrechnungshof das Wirtschaftsministerium über seine erheblichen Bedenken bezüglich einer zweckentsprechenden Mittelverwendung sowie der Zuverlässigkeit des Inkubatorzentrums in Kenntnis gesetzt. Das Wirtschaftsministerium sei aufgefordert worden, Zahlungen zu unterlassen sowie kurzfristig alle noch ausstehenden Verwendungsnachweisprüfungen nachzuholen und alle erforderlichen Konsequenzen zu ziehen.

Weshalb habe die Landesregierung dennoch erst mit einem zeitlichen Verzug von mehreren Wochen reagiert? Habe das MWME vor der Auszahlung weiterer Mittel von der Bezirksregierung Münster die gewissenhafte Prüfung der bisherigen Mittelverwendung nachgefragt?

Wie bewerte das MWME unter disziplinarrechtlichen Gesichtspunkten das Prüfverhalten der Bezirksregierung Münster? Werde die Einschätzung des Landesrechnungshofes geteilt, dass man dort die laufende Überwachung von Projekten nicht gewährleistet habe? Welche disziplinarrechtlichen Schritte prüfe das MWME in diesem Zusammenhang gegebenenfalls? Würden haftungs- und strafrechtliche Schritte überlegt, wie es der Landesrechnungshof empfohlen habe? Welchen Zwischenstand könne das Ministerium berichten?

Nach ihrem Verständnis sei das Inkubatorzentrum „abgewickelt worden“. Wie weitreichend sei diese Abwicklung? Immerhin gehe es doch um ein wichtiges Instrument an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

Thomas Eiskirch (SPD) weist auf die dem Bericht des Landesrechnungshofs zu entnehmenden Vorwürfe gegenüber der Bezirksregierung Münster hinsichtlich der Prüfungsqualität hin. Habe das MWME mittlerweile das Innenministerium informiert, das eventuelle disziplinarrechtliche Maßnahmen gegenüber der Bezirksregierung Münster zu veranlassen hätte? Habe die Leitungsebene des MWME es für notwendig erachtet, auch andere Häuser einzubeziehen?

Er bitte um Verständnis, erwidert **StS Dr. Jens Baganz (MWME)**, dass einige Sachverhalte noch aufgearbeitet würden und der komplette Sachverhalt erst am Dienstag der nächsten Woche vorgetragen werde. „Teilsachverhalte“, die erforderlichenfalls zu korrigieren wären, wolle er deshalb heute nicht darlegen.

Soweit es um Ausführungen in der letzten HKA-Sitzung gehe, habe auch das von ihm vertretene Haus die Intensität überrascht, in der die NRW.Bank gewarnt haben wolle. - Dem sei das MWME nachgegangen. Ein Hinweis im Bericht der NRW.Bank laute:

Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ist zu beachten.

Dieser Hinweis beziehe sich auf eine Prüfungsfeststellung der NRW.Bank, nach der die Reisekosten für die Beschaffung eines Wasserkochers als unverhältnismäßig hoch eingestuft worden seien. Die Prüfungsfeststellung habe aber nachvollziehbar seinerzeit zu keinen weiteren Konsequenzen geführt. Von einer echten Warnung der NRW.Bank an

die Landesregierung könne bei solchen Sachverhalten im eigentlichen Sinne nicht die Rede sein.

Zu den Fragen betreffend den Zeitraum 18. Oktober 2006 fortfolgende: Dabei gehe es um Sachverhalte, die weiter aufgearbeitet würden und zu denen er in der nächsten Sitzung am Dienstag vortragen wolle. Die Frage nach disziplinarrechtlichen Schritten habe er bereits in seinem einführenden Statement beantwortet: Auf Basis des dem Haus aktuell bekannten Sachverhalts gebe es keine Hinweise darauf, dass disziplinarrechtliche Schritte veranlasst wären. Erst dann müsse und werde das Innenministerium sofort eingeschaltet werden.

Zur Frage, wann die Arbeitsebene die Leitungsebene des MWME informiert habe, wolle er gleichfalls erst am Dienstag der nächsten Woche vortragen.

Staatssekretär Michael Stückradt (Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie) stellt klar, von einer „Abwicklung“ zu reden, sei juristisch nicht ganz zutreffend. Immerhin gehe es um verschiedene Ausgründungen der FH Gelsen, die es in wirtschaftlicher und rechtlicher Hinsicht einzeln zu betrachten gelte. Es werde wohl darauf hinauslaufen, dass sich einige der Ausgründungen als wirtschaftlich überlebensfähig erweisen würden, während andere - soweit derzeit absehbar - den Weg in die Insolvenz gehen müssten. Den konkreten Sachstand und das, was veranlasst worden sei, werde er am Dienstag der kommenden Woche im Ausschuss für Haushaltskontrolle in aller Ausführlichkeit vortragen.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) insistiert, dass es das Inkubatorzentrum als Instrument entweder auch in Zukunft geben werde oder nicht. Werde sich dieses Instrument in Zukunft bewähren und weitergeführt. Immerhin seien es im aktuellen Sachzusammenhang die Kontrollmechanismen und Ministerien, die versagt hätten.

StS Dr. Michael Stückradt (MIWFT) antwortet, er habe über die konkreten Vorgänge in Gelsenkirchen, nicht aber das allgemeine Instrument eines Inkubators selber gesprochen.

Erwäge das MIWFT weitere disziplinarrechtliche Schritte, möchte **Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD)** wissen?

StS Dr. Michael Stückradt (MIWFT) erinnert daran, bekanntermaßen habe das von ihm vertretene Haus seinerzeit zwei Beamte der Hochschule beurlaubt. Soweit möglich, werde er in der Sitzung am kommenden Dienstag den aktuellen Sachstand darstellen. Einige Details ließen sich lediglich im Rahmen einer nichtöffentlichen Sitzung behandeln. Für darüber hinausgehende disziplinarrechtliche Schritte habe er bisher keine Veranlassung gesehen.

2 Innovationsbericht 2006

Vorlagen 14/788, 14/789 und 14/1003

In seiner Sitzung am 14. März 2007, legt **Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps** dar, habe sich der AWME darauf verständigt, die Behandlung des „Innovationsberichtes 2006“ erneut zu verschieben, weil das federführende Ressort darum gebeten habe. Gleichzeitig sei zugesagt worden, dass Staatssekretär Dr. Stückradt aus dem Innovationsministerium zur heutigen Sitzung zugegen sein werde.

Der Fragenkatalog der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Themen „Technologiefelder“ bzw. „Zukunftstechnologien für NRW“ sowie „Technologieorientierte Gründungen“ sei in Vorlage 14/1003 beantwortet worden.

„Innovation“, betont **Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)**, sei wichtig, um für eine entsprechende Entwicklung der Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen nach dem Ende der Steinkohle-subsidierung zu sorgen. Immerhin sei der Strukturwandel unter anderem auch von der gezielten Förderung der Innovation abhängig. Dabei gehe es insbesondere um zukunftsweisende Technologien in Nordrhein-Westfalen.

Im Bericht des RWI hervorgehoben würden die Biotechnologie, die Nanotechnologie, die Medizintechnik sowie „neue Werkstoffe“. Eine besondere Stärke und Wettbewerbsvorteile würden den Umwelttechnologien attestiert. Dort werde es aufgrund der weltweiten umweltpolitischen Entwicklungen einen erheblichen Wachstumsmarkt geben.

Die qualitative Unterscheidung zwischen sogenannten Spitzentechnologien wie etwa der Biotechnologie und den sogenannten hochwertigen Technologien wie etwa der Umwelt- und Energietechnik könne sie nicht nachvollziehen. Schließlich werde Nordrhein-Westfalen im direkten Hightech-Vergleich mit Baden-Württemberg und Bayern lediglich Mittelmaß bescheinigt. Die vorgenommene Differenzierung unterstreiche bei näherer Betrachtung lediglich einen statistischen Unterschied: Waren, bei denen der Anteil der Aufwendungen für FuE am Umsatz über 8,5 % lägen, rangierten unter „Spitzentechnik“, während solche Waren, bei denen der Prozentsatz zwischen 3,5 und 8,5 % liege als „hochwertig“ qualifiziert würden. Diese Definition erachte sie als willkürlich und darüber hinaus auch nichtssagend. Logischer wäre es, die Technologien oben anzusiedeln, die Arbeitsplätze generierten und eine mittelständische Breitenwirkung erzielten. Im Saldo müsse der Output stimmen.

Zu den neuen Clusterstrategien der Landesregierung: Definiert würden 16 Branchen- und Technologiefelder, denen ein besonders hohes Wachstumspotenzial zuerkannt werde. Die Verbindung zur „Schwerpunktsetzung“ erkenne sie an der Stelle nicht. Offensichtlich sei jedes vermeintlich zukunftsfähige Technologiefeld als Cluster eingestuft worden. Der Weg zurück zur eigentlich nicht mehr gewünschten „Gießkannenmentalität“ werde damit beschritten, die überdies hinter den formulierten Ansprüchen regionaler und landesweiter Profilbildung zurückbleibe.

Cluster benötigten Räume. Zu viele Cluster auf einen geografisch begrenzten Raum entzögen aber solche Entwicklungsmöglichkeiten. Nachbesserungsbedarf bestehe.

Zu überlegen sei auch, wie sich der Technologietransfer aus den Hochschulen optimieren lasse, bedeute Forschung doch nicht gleichzeitig Innovation. Vielmehr bedeute „Innovation“ die „erfolgreiche Umsetzung von Wissen am Markt“. Dabei offenbare Nordrhein-Westfalen eine überdurchschnittliche Gründungsintensität im Bereich konventioneller Industriesektoren. Defizite beständen allerdings insbesondere im Bereich der technologieorientierten Unternehmensgründungen (TOU). Zwischen 2000 und 2004 sei zwar der Rückstand zu Bayern und Baden-Württemberg deutlich vermindert worden; dennoch scheine es nicht zu gelingen, in den Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen das vorhandene TOU-Know-how abzurufen. Ein möglicher Lösungsweg wäre, Hochschulen und Forschungseinrichtungen in regionale Gründungspartnerschaften einzubinden. Die Region Aachen verhalte sich dabei vorbildlich. Dort habe das zielgerichtete Zusammenspiel von Wissenschaft und Wirtschaft zu einem deutlichen Anstieg der technologieorientierten Unternehmen geführt.

Darüber hinaus halte sie die Förderung der direkten Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen für wichtig. Projekte müssten von Anfang an gemeinsam auf den Weg gebracht werden. Vor diesem Hintergrund sei die Struktur der Transferstellen an den Hochschulen zu hinterfragen und dabei zu überlegen, wie die Nachfrage der Unternehmen nach Forschungswissen an dieser Stelle stimuliert werden solle.

Staatssekretär Dr. Michael Stückradt (MIWFT) teilt mit, die Landesregierung werde ihrer Ankündigung nachkommen, jährlich einen Innovationsbericht abzugeben, und habe die Ausschreibung für den Innovationsbericht 2007 bereits vollzogen. Die Erfolge der Politik der Landesregierung sollten für das Parlament und die weitere Öffentlichkeit Schritt für Schritt nachvollziehbar sein.

Soweit es um die von der Abgeordneten Seidl mit einem kritischen Unterton versehene Differenzierung gehe, sei die Landesregierung den Vorgaben der Gutachter des RWI sowie des Stifterverbandes gefolgt. Festgestellt worden sei, dass Nordrhein-Westfalen insbesondere auf dem Gebiet der Spitzentechnologie eine erhebliche Innovationschwäche besitze. Über eine andere Grenzziehung zwischen den Technologiebereichen lasse sich zwar diskutieren; die Landesregierung habe sich allerdings dem Vorschlag aus der Wissenschaft angeschlossen.

Dem Vorhalt, dass wegen der zu zahlreichen Cluster nach wie vor mit der Gießkanne gefördert werde, halte er entgegen, dass es sowohl fünf Leitbilder gebe und sich die Cluster auch an der wirtschaftlichen Entwicklung orientierten. Über den Inhalt der Clusterstrategie sei hart gerungen worden.

Er befürworte ebenfalls eine Verbesserung des Technologietransfers mit den Hochschulen, zumal dies auch dem Bericht zu entnehmen sei. Ungeachtet der bereits seit 25 Jahren vorgehaltenen Struktur an Transferstellen hinke Nordrhein-Westfalen hinter den Erfolgen anderer Bundesländer weit hinterher. Eine konkrete Maßnahme in diesem Zusammenhang bedeuteten die Neuregelungen im Rahmen des Hochschulfreiheitsgesetzes, die den Transfer erleichterten und damit zugleich förderten.

Hinweisen wolle er auch auf die Gründung der Innovationsallianz, der mittlerweile 23 Hochschulen des Landes - darunter alle Fachhochschulen - angehörten. Ein besonderer Schwerpunkt werde auf die sehr praxisnahe Forschung der Fachhochschulen gelegt.

Dietmar Brockes (FDP) dankt den am Innovationsbericht beteiligten Ressorts und dafür, dass das Thema auch von dritter Seite beleuchtet worden sei. Eine jährliche Kontinuität erlaube die fortgesetzte Standortbestimmung Nordrhein-Westfalens. Nach seinem Dafürhalten sei über die von der Abgeordneten Seidl besonders befürworteten Felder die „Logistik“ für Nordrhein-Westfalen sehr wichtig. Nordrhein-Westfalen müsse auch im Bereich der Kraftwerkstechnologien und anderen Felder wie etwa der „Sicherheit von Kernenergie“ einen Schwerpunkt setzen.

Wer kritisiere, dass aktuell 16 Themenfelder definiert würden, dürfe nicht außer Acht lassen, mit welcher Situation man es vorher zu tun gehabt habe. In der Vergangenheit habe es nämlich alleine schon in manchen Städten bzw. Regionen diese Anzahl Cluster gegeben. Angesichts der Fülle möglicher Themen bedeute eine Zusammenfassung in 16 Feldern durchaus eine Konzentration. Die Zuweisung in fünf Leitbilder unterstreiche das noch. Nordrhein-Westfalen befinde sich auf einem guten Weg, Innovationsland Nr. 1 zu werden.

16 Cluster in Regionen, so **Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD)**, habe er selber nicht ausmachen können. Welche Strategien und Ziele hätten die beiden involvierten Ministerien aus dem Innovationsbericht abgeleitet? Den Abwägungsprozess für die Cluster empfinde er als nicht deutlich genug.

Wie sollten Unternehmen zukünftig stärker an Forschung und Entwicklung herangeführt werden? Wie könne die Kultur von Forschung und Entwicklung gestärkt werden? Welche Vorstellungen hege die Landesregierung? Wie gedenke die Landesregierung die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu intensivieren? Ein Profit für beide Seiten müsse erwirtschaftet werden können.

Die Transparenz mit Blick auf die Clusterstrategie, bemängelt **Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)**, sei ihr in der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ressorts nicht klar geworden: Benannt würden vier Schwerpunkte, fünf Leitbilder und 16 Cluster, die sich daran orientierten. Gebe es eine Absprache zwischen den beiden Häusern? Ihr vermittele sich der Eindruck, dass es sich um etwas „Zusammengestoppeltes“ handele.

Auch wenn der Bericht des RWI eine Unterscheidung zwischen hochwertigen Technologien und Spitzentechnologien treffe, wäre dennoch zu hinterfragen, ob diese Sicht aus dem Blickwinkel der Wirtschaftspolitik übernommen werden müsse. Sie habe keine Vorbehalte gegen hochwertige Technologien, gegen Hightech, die Biotechnologie oder Logistik; dennoch müsse der wirtschaftspolitische Sinn betrachtet werden.

Laut Gutachten, erläutert **Staatssekretär Dr. Michael Stückradt (MIWFT)**, habe Nordrhein-Westfalen bisher bezüglich seiner Innovationskraft weiter hinter anderen Bundesländern zurückgelegen. Über die Auswahl der entsprechenden Indikatoren lasse sich dabei zwar diskutieren; allerdings habe sich ein eindeutiges Bild dargestellt, das schon die FuE-Quote belege. Diese Quote liege mit 2 % unter dem Bundesdurchschnitt. Die Vergleichswerte aus Bayern und Baden-Württemberg beliefen sich auf 3 % bzw. 4 %. Nordrhein-Westfalen rangiere in einer Liga zum Beispiel mit Mecklenburg-Vorpommern. Dort werde aber wohl niemand hier Nordrhein-Westfalen als richtig platziert empfinden. Alle Anstrengungen, für Änderungen zu sorgen, müssten aufgebracht werden.

Die Landesregierung habe ihr Ziel bereits in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten nach seiner Wahl und der Regierungserklärung von Minister Pinkwart vom Februar letzten Jahres formuliert: Gemessen an den einschlägigen Indikatoren solle Nordrhein-Westfalen bis zum Jahre 2015 Innovationsland Nr. 1 werden. Der jährliche Innovationsbericht diene als Grundlage für Dritte, die Fortschritte des Landes zu messen.

Der Landesregierung gehe es um eine Neuorientierung der Cluster- und Wissenschaftspolitik vor dem Hintergrund des Hochschulfreiheitsgesetzes. Ziel sei die bereits erwähnte Position Nordrhein-Westfalen als Innovationsland Nr. 1.

Könne die Auswahl von 16 Clustern und fünf Leitmärkten mit einer mangelnden Einigung zwischen den beiden beteiligten Häusern interpretiert werden? - Das treffe schon alleine deshalb nicht zu, weil seinerzeit beide Häuser eine gemeinsame Vorlage eingebracht hätten. Ausgewählt worden seien die Cluster nicht per Gießkannenprinzip. Vorgegeben worden seien klare Kriterien wie etwa die Bedeutung und wirtschaftliche Entwicklung von Wirtschaftsbereichen während der letzten zehn Jahre. Außerdem seien vier Studien zugrunde gelegt worden, die sich mit den Stärken, Schwächen und Zukunftspotenzialen Nordrhein-Westfalens beschäftigt hätten: Eine Studie zu den Innovations- und Zukunftspotenzialen, darüber hinaus eine Studie zu strategischen Handlungsfeldern sowie der Prognos-Zukunftsatlas und der Innovationsbericht 2006 des RWI.

Wie würden Unternehmen besser an FuE sowie Hochschulen herangeführt? - In der Tat bestehe ein erheblicher Handlungsbedarf, die Wirtschaft mit den Fachhochschulen und Universitäten besser zu verknüpfen. Mit dem Hochschulfreiheitsgesetz habe man bereits entscheidende Schritte getan. Die Innovationsallianz gehöre ebenfalls in diesen Kontext. Auch spiele das Innovationsklima eine ganz wichtige Rolle. Die Landesregierung habe dieses Klima und die Bereitschaft von Unternehmen, in Nordrhein-Westfalen in Forschung und Entwicklung zu investieren, während der beiden Jahre ihrer Regierungstätigkeit bereits entscheidend verbessert. Beleg hierfür sei das wichtige Engagement von Unternehmen. Beispiele hierfür seien etwa die RWTH Aachen und das E.ON-Institut. Die Firma Henkel habe ihre Forschung nach NRW rückverlegt, und zwar in das Umfeld der Universität Düsseldorf.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Sie erlauben mir festzustellen, dass das nicht mit Ihrer Regierung begonnen hat?)

- Er habe davon gesprochen, dass die neue Landesregierung für eine *Verbesserung* gesorgt habe. Die erzielten Fortschritte legten durchaus den Rückschluss nahe, dass eine Klimaverbesserung erreicht worden sei.

Staatssekretär Dr. Jens Baganz (MWME) ergänzt die vorherigen Ausführungen, soweit es um die Clusterstrategie geht: Der Diskussionsprozess über die Ziele der Clusterpolitik und die Auswahl der Cluster sei von beiden Häusern gemeinsam getragen worden. Clusterpolitik habe als erwiesenermaßen richtigen Kern, dass sich weltweit diejenigen Volkswirtschaften am stärksten erwiesen hätten, denen es gelungen sei, in bestimmten Regionen eine bestimmte Ballung entlang von Wertschöpfungsketten zu organisieren. Die Akteure innerhalb der Cluster müssten in einer intelligenten Form zusammenggeführt werden und erzeugten dann wirtschaftliche Effekte, die das Wachstum eines Landes trügen.

Weltweit unterschiedlich gehandhabt werde, inwieweit sich Regierungen in Clusterprozesse einmischten. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen sehe die primäre Verantwortung für die Organisation der regionalen Cluster in den jeweiligen Regionen selber. Auf einer zweiten, landesweiten Stufe setzten 16 landesweite Cluster auf, die zum einen das wirtschaftliche Profil des Landes Nordrhein-Westfalen am besten abbildeten und zum anderen die Hauptempfänger der Wirtschaftsförderungsleistung der Landesregierung werden sollten. Auf der Grundlage erhobener Daten werde eine Prognose zu treffen sein, welche Wirtschaftsfelder und Cluster im Jahr 2015 etwa das Land Nordrhein-Westfalen am stärksten trügen. Mit insgesamt 16 Clustern bewege sich Nordrhein-Westfalen durchaus im Rahmen. Einige wichtige Wirtschaftssektoren seien nicht aufgenommen worden, weil bei 16 eine Obergrenze gesehen worden sei. Der empirischen Basis des Auswahlprozesses sei die Prognose gefolgt, die die Landesregierung selber vorgenommen habe.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) sieht Widersprüche in den Ausführungen von Staatssekretär Dr. Baganz: Einerseits solle sich vor Ort Innovation entwickeln, sodass in der Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten - Firmen, Hochschulen etc. - Cluster herausgebildet werden könnten, während die Landesregierung andererseits dem Land selber ein riesiges Cluster überstülpe, mit dem die Regionen - Stichwort: Ziel-2-Problematik - befriedigt werden sollten. Das System erscheine ihr mit heißer Nadel gestrickt. Cluster sollten sich von der Basis ausgehend entwickeln. Weshalb werde dennoch eine derart große Zahl Cluster benannt? Auf Bayern als Referenz zu verweisen, sei nicht zielführend.

Die FuE-Quote sei mit Sicherheit ein entscheidender Faktor zur Qualifikation der Innovationskraft eines Landes und müsse deshalb gefördert werden. Vor dem Hintergrund zahlreicher Willensbekundungen vermisse sie jedoch nach wie vor die zugehörigen Instrumente. Die Antworten der Landesregierung auf die Fragen ihrer Fraktion zeigten nicht auf, woher die benötigten Mittel akquiriert werden sollten. - Was leiste eigentlich die Innovationsallianz der 24 Hochschulen? - Welche neuen Impulse würden über das System der Transferstellen gesendet, sofern sich diese in der Vergangenheit nicht ausreichend bewährt hätten?

Es gebe keine Alternative zur zweistufigen Struktur der Clusterbildung, betont **Staatssekretär Dr. Jens Baganz (MWME)**. Ein Beleg sei etwa die Kunststoffindustrie in Nordrhein-Westfalen, die aus Kunststoffherzeugung, Kunststoffverarbeitung und Kunststoffmaschinenbau bestehe. In verschiedenen Regionen des Landes existierten Stärken in Form von Fachhochschulen, Forschungsinstituten, Unternehmen mittelständischer und großer Prägung. Ballungen könnten attestiert werden. Die Landesregierung verfolge das Ziel, die Ballungsprozesse zu fördern und gegebenenfalls neue Cluster entstehen zu lassen. Akteure, die sich noch nicht gefunden hätten, müssten zu einer clustertypischen Kooperation bewegt werden, um zur Profilbildung Nordrhein-Westfalens ihren Beitrag zu leisten. Die Landesregierung setze eine kleine landesweite Struktur auf. In Bezug auf den Kunststoffsektor etwa habe die Landesregierung Anfang März 2007 unter dem Namen „NRW.Kunststoff“ in Nordrhein-Westfalen ein Kunststoffcluster aus der Taufe gehoben. Dieses Cluster werde degressiv finanziert, weil die Landesregierung davon ausgehe, dass das Interesse am Erfolg dieses Clusters in der Wirtschaft/bei den Akteuren selber liege. Über dieses NRW-Cluster solle das benötigte Managementwissen vermittelt und transportiert werden. Erfahrungsaustausch sei zu organisieren.

Die landesweite Struktur werde dazu führen, dass in den Bereichen, die die Landesregierung als für die nächsten Jahrzehnte maßgebliche Träger des wirtschaftlichen Erfolgs ansehe, die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft beschleunigt werde. Hauptsächlich in den Clustern spielten sich die Wettbewerbsverfahren ab, die die Landesregierung bei ihrer Verteilung der knappen Fördermittel zugrunde lege. „Clusterpolitik“ einerseits und die „Wettbewerbspolitik/Fördermittel“ andererseits seien die entscheidenden Bausteine für die Wirtschafts- und Innovationspolitik der nächsten Jahre.

Staatssekretär Dr. Michael Stückradt (MIWFT) erinnert angesichts des Vorhalts, die Clusterstrategie sei mit heißer Nadel gestrickt worden, an die Klagen der Opposition im Wissenschaftsausschuss, dass es solange dauere, bis eine solche Strategie vorliege. Nach seiner Einschätzung sei die Strategie aber durchaus konkret. Ausführungen dazu habe Staatssekretär Dr. Baganz bereits gemacht. Auch habe die neue Landesregierung eine neue Wissenschaftspolitik initiiert, die für eine Klimaverbesserung gesorgt habe. Konkret sei ebenfalls die Innovationsallianz, die erstmalig ortsübergreifend solche Angebote darstelle und vermarkte, mit denen sich Hochschulen an die Unternehmen wenden könnten. Ein besonderer Fokus liege dabei auf der mittelständischen Wirtschaft. Diese Art der Vernetzung habe es in der Vergangenheit noch nicht gegeben.

In puncto Finanzierung enthalte die Vorlage der Landesregierung eine ausführliche Darstellung. Überdies sei der Ministerpräsident auf diesen Zusammenhang schon in seiner Regierungserklärung eingegangen.

Christian Weisbrich (CDU) kommt auf die unter der Vorgängerregierung beauftragte Berger-Studie zu Kompetenzfeldern im Ruhrgebiet zu sprechen. Während es dort einseitig um die Region Ruhrgebiet gegangen sei, werde der jetzige Ansatz systematisiert und Innovation landesweit beobachtet und gefördert. Die Berger-Studie habe vor dem Hintergrund von zwölf Kompetenzfeldern das Kompetenzwirrwarr bezüglich der Innovationsförderung in Nordrhein-Westfalen seinerzeit gerügt und beklagt, dass Zuständigkei-

ten sowohl im Arbeits- und Sozialministerium ressortierten wie auch im Wirtschaftsministerium, dem Wissenschaftsministerium und der Staatskanzlei. Die neue Landesregierung habe Konsequenzen gezogen und das System auf nur noch zwei Häuser zugeschnitten. Ein systematischer Abstimmungsprozess mit gemeinsamen Vorlagen finde nun statt.

Ganz wichtig sei es, die regionalisierten Wettbewerbsverfahren mit dem Clustergedanken in Einklang zu bringen. Nur so werde Nordrhein-Westfalen in Zukunft Erfolg haben können. Aus den Regionen müssten gute Ideen entwickelt und im Wettbewerb miteinander stehen können. Eine Basis müsse vorhanden sein. Die politische Organisation von Innovation habe gegenüber dem, was bisher zur Verfügung gestanden habe, einen regelrechten Quantensprung vollzogen.

Die Clusterstrategie sei keineswegs ein neues Instrument, stellt **Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD)** klar. Es liege in der Natur der Sache, dass in einem fortlaufenden Prozess Optimierungen vorgenommen würden. Entscheidend sei, ob letzten Endes die richtigen Cluster definiert worden seien, damit Wirtschaft boomen könne. An einer solchen Entwicklung seien die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beteiligten Ministerien in der Vergangenheit genauso interessiert gewesen wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktuell.

Politik müsse die Frage beantworten, wie Cluster in einem laufenden Prozess weiterentwickelt werden könnten. Abhängig sei dies von der Dynamik eines Clustersystems, das vom Prinzip her eigentlich innerhalb fest definierter Größen arbeite. Neben diesen fest definierten Größen müsse es aber Entwicklungsperspektiven geben, um in einem starren Modell für eine gewisse Dynamik sorgen zu können. Ein solches Zusammenwirken habe er weder in der Vergangenheit noch aktuell ausmachen können.

In der Vergangenheit sei es schon schwierig gewesen, den Mittelstand in die Cluster mit den Hochschulen einzubeziehen. Antworten finde er auch aktuell noch nicht. Wie ernst nehme es die neue Landesregierung wirklich mit der Verzahnung zwischen Wissenschaft und Forschung einerseits mit Mittelstand/Handwerk andererseits? Dabei spielten für ihn auch die Innovationspotenziale interessanter Handwerksbetriebe eine wichtige Rolle. Größere Unternehmungen mit eigenen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen hätten in dieser Hinsicht keine derartigen Probleme.

Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps bestätigt, dass im Bereich der kleinen und mittleren Betriebe noch Potenziale vorhanden seien. Tatsache sei, dass sich aber schon etwas getan habe. Die Starrheit des 16er-Systems sei zu hinterfragen. Die Zusammenarbeit des Mittelstands und der Universitäten/Fachhochschulen sei zu intensivieren.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das gilt auch wechselseitig! Ich will es gar nicht verkennen! Ein Handwerksmeister, der 40/50 Mitarbeiter hat, hat natürlich auch seine Probleme, sich nach Feierabend mit dem System „Hochschule“ auseinander zu setzen. Es wäre blind, wenn ich das nicht sehen würde!)

- Hervorragende Beispiele existierten bereits, bei denen auch der Handwerksmeister auf eine Universität mit dem Wunsch zugehe, mit ihm gemeinsam Innovation zu entwickeln. Das Rad werde an der Stelle zwar nicht neu erfunden, wohl aber weiterentwickelt.

Entscheidend für den Erfolg eines Clusters, so **Staatssekretär Dr. Jens Baganz (MWME)**, seien die beteiligten Personen mit ihren Kompetenzen und das zugrunde liegende System. Die neue Landesregierung habe mit ihrem Clusteransatz erstmals ein System angelegt, mit dem in Zukunft Cluster sehr gezielt gesteuert werden könnten. Die 16 formulierten Cluster hätten die enorme Vielzahl von Netzwerken und Initiativen abgelöst, die alleine im Bereich des Wirtschaftsministeriums vorgehalten worden seien. Mit Blick auf Wirtschaftszweige in Nordrhein-Westfalen werde das Ziel verfolgt, in Kooperation mit dem jeweiligen Cluster für einen Zeitpunkt X Zielmarken zu definieren. Der Weg dorthin werde fortlaufend evaluiert. Einigkeit gebe es bezüglich einer degressiven Finanzierung der Cluster, wobei es sogar Cluster gebe, die schon heute überhaupt keine Finanzierung mehr benötigten. Eine Dauerfinanzierung werde es auf keinen Fall geben. Das derart installierte stringente System werde das Land voranbringen, weil eine fortlaufende Auseinandersetzung mit den Erfolgsfaktoren für NRW stattfinden müsse.

Im dreijährigen Turnus werde die Clusterliste überprüft und neu festgelegt. Das geschehe schon alleine aus der Überlegung heraus, dass bei der jetzigen Auswahl viele für Nordrhein-Westfalen ebenfalls wichtige Wirtschaftszweige nicht hätten berücksichtigt werden können. Wirtschaftszweige, die in Zukunft ebenfalls den Erfolgsträgern zuzurechnen seien, sollten aufgenommen werden können.

Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps dankt den Anwesenden für die ausführliche Diskussion. Im Herbst werde sich der Ausschuss mit den Aspekten „FuE - Chancen, Möglichkeiten und Perspektiven für KMU“ sowie „Probleme von KMU bei der Patentverwertung“ befassen. Eine breit angelegte Diskussion über den Innovationsbericht müsse gewährleistet werden.

3 **Bund/Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“**

hier: **Anmeldung des Landes Nordrhein-Westfalen zum 36. Rahmenplan**

Vorlage 14/965

Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps führt aus, mit Schreiben vom 27. Februar 2007 habe Ministerin Thoben die Anmeldung des Landes Nordrhein-Westfalen zum 36. Rahmenplan übermittelt und darum gebeten, die Anmeldung, die mit Vorlage 14/965 zugestellt worden sei, zur Beratung vorzusehen. Federführend sei der Haushalts- und Finanzausschuss. Der AWME gebe dem Haushalts- und Finanzausschuss lediglich Anregungen.

Ausweislich der Diskussion unter dem vorangegangenen Tagesordnungspunkt, bemerkt **Gabriele Sikora (SPD)**, solle es einen faireren Wettbewerb der Kommunen um Fördermittel geben. Bekannt sei aber der große Wettbewerbsnachteil vor allem der Ruhrgebietskommunen, die in der Mehrzahl Haushaltssicherungskonzepten unterlägen. Außerdem gebe es dort keine PPP-Konzepte, über die eine gemeinsame Antragstellung möglich wäre.

Diese Kommunen gehörten zur ehemaligen Ziel-2-Fördergebietskulisse. Eine weitere Kongruenz bestehe zur „GA Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Äußerungen sowohl des Ministerpräsidenten als auch von Wirtschaftsministerin Thoben entnehme sie, dass Mittel aus dem neuen „Ziel-2“ mit solchen aus anderen Programmen kombiniert werden könnten.

Wie stehe die Landesregierung zu der Möglichkeit, dass die betroffenen Kommunen erforderliche Eigenanteile aus der „GA Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ darstellten?

Den zwingend erforderlichen Eigenanteil der Kommunen, erwidert **Staatssekretär Dr. Jens Baganz (MWME)**, halte er für absolut notwendig. Sofern sich eine Kommune Mittel lediglich „abholen“ müsse, werde dies im Zweifel nicht dazu führen, dass die Qualität des zu fördernden Projekts steige.

Ministerialrätin Ingeborg Puschmann (MWME) bestätigt, dass nach den Statuten der Gemeinschaftsaufgabe ein Eigenanteil zwingend erforderlich sei. Auch das Ziel-2-Programm erfordere diesen Eigenanteil. Zwar könnten beide Förderquellen miteinander kombiniert werden; dabei könne man allerdings nicht über einen 80%igen Förderanteil hinausgehen.

Sei es dennoch zutreffend, fragt **Thomas Eiskirch (SPD)** nach, dass die GA-Mittel in den Regionen, wo dies möglich sei, den Landesanteil zur Kofinanzierung der europäischen Ziel-2-Mittel für die gleichen Projekte abdecken dürften?

Wie schon in der Vergangenheit so werde das Land auch in Zukunft aus beiden Töpfen getrennt Förderprojekte fahren, antwortet **Ministerialrätin Ingeborg Puschmann (MWME)**. Die Landesregierung kombiniere dort, wo dies möglich sei, um nordrhein-westfälische Mittel einzusparen. Die Europäische Union erkenne Mittel der Gemeinschaftsaufgabe als nationale Kofinanzierung an.

Der **Ausschuss** fasst **einstimmig** folgenden **Beschlussempfehlung**:

Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuss, die Anmeldung des Landes Nordrhein-Westfalen zum 36. Rahmenplan der Bund/Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ - Vorlage 14/965 - zur Kenntnis zu nehmen.

4 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes (ZustVOtU)

Vorlage 14/979)

Mit Schreiben vom 8. März 2007, teilt **Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps** mit, habe der Ministerpräsident den oben näher bezeichneten Verordnungsentwurf übersandt. Neben dem hiesigen Ausschuss sei der Verordnungsentwurf auch noch dem Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, dem Ausschuss für Bauen und Verkehr sowie dem Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform übersandt worden.

Der hiesige Ausschuss sei - wie die anderen Ausschüsse - dazu aufgerufen, der Landesregierung mitzuteilen, ob es Einwendungen gegen die Ausfertigung des in der Vorlage 14/979 enthaltenen Verordnungsentwurfs gibt.

Aus dem **Ausschuss** ergeben sich keine Einwendungen gegen den Verordnungsentwurf. Folgender **Beschluss** wird einstimmig gefasst:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie hat gegen die Ausfertigung des Verordnungsentwurfs - Vorlage 14/979 - keine Einwände.

5 Im Zentrum des Nationalpark Eifel: Auf die historisch angemessenen und nationalparkverträglichen Kernnutzungen konzentrieren

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3852

Vorlage 14/708

Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps erinnert an das bisherige Beratungsverfahren: Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/3852 sei durch Plenarbeschluss vom 7. März 2007 zur federführenden Beratung an den hiesigen Ausschuss sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen worden. Der AWME berate heute erstmalig über den Antrag und solle das weitere Beratungsverfahren festlegen.

Bei der Gelegenheit verweise er, Knieps, auf frühere Beratungen des Themas im hiesigen Ausschuss und erinnere dabei nochmals an die Vorlage 14/708. Darüber hinaus habe er mitzuteilen, dass sich die Obleute bereits darauf verständigt hätten, innerhalb der Wirtschaftsausschusssitzung am 6. Juni 2007 ein Expertengespräch zur Thematik durchzuführen.

Nach Einlassungen aus den **Fraktionen** zur Durchführung einer Anhörung unter Berücksichtigung der zweiten Leitentscheidung der Landesregierung und der weiteren Ausschusstermine, verständigt sich der **Ausschuss** einvernehmlich darauf, mit dem Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz einen vor der zweiten Leitentscheidung platzierten Anhörungstermin im Mai abzustimmen. - (Nachtrag vom 3. Mai 2007: Per Obleutebeschluss vom 3. Mai 2007 wird die Anhörung auf den 6. Juni 2007 terminiert. Beginn: 14 Uhr) Für die Landesregierung erklärt **Staatssekretär Dr. Jens Baganz (MWME)** die Bereitschaft, Erkenntnisse aus der Anhörung in die Leitentscheidung einfließen zu lassen, die noch vor der Sommerpause gefasst werden solle. Für die Beschlussfassung im Kabinett sei derzeit der 22. Mai vorgesehen. Erforderlichenfalls könne auch auf den 29. Mai ausgewichen werden.

6 **Zusätzliche Versalzung von Werra und Weser verhindern!**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3691

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/3691, so **Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps (CDU)**, sei durch Plenarbeschluss vom 8. März 2007 zur Federführung an den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie an den hiesigen Ausschuss zur Mitberatung überwiesen worden. Die Mitberatungsfrist laufe bis zum 17. Mai 2007. Eine Beratung im hiesigen Ausschuss habe noch nicht stattgefunden.

In einer Obleutebesprechung am Rande des letzten Plenums sei man einstimmig der Meinung gewesen, diesen Antrag nicht in der Sache zu bescheiden, sondern ohne Votum an den federführenden Ausschuss zu geben.

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/3691 ohne Votum an den federführenden Ausschuss zu leiten.

7 Kommunale Wirtschaftskraft erhalten, Lebensqualität der Menschen in NRW sichern

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3837

Und:

8 Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung - GO-Reformgesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3979

In Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3977

Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps legt dar, der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/3837 sei vom Landtag in dessen Sitzung am 7. März 2007 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform sowie zur Mitberatung in den hiesigen Ausschuss und den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen worden.

Die Gesetzentwürfe der Landesregierung seien nach erster Lesung im Parlament am 29. März 2007 an den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform, den hiesigen Ausschuss und den Ausschuss für Bauen und Verkehr zur Mitberatung überwiesen worden.

Der AWME habe bislang weder über den Antrag der SPD-Fraktion noch die beiden Gesetzentwürfe der Landesregierung beraten. Aus dem federführenden Ausschuss habe er, Knieps, die Information erhalten, dass zu den Gesetzentwürfen voraussichtlich im Juni eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durchgeführt werde. Wie solle der hiesige Ausschuss mit dem Antrag und den Gesetzentwürfen verfahren?

Soweit es um die Gesetzentwürfe gehe, schlage er vor, der Ausschuss solle sich an der Anhörung des federführenden Ausschusses nachrichtlich beteiligen. Fragen und Sachverständigenwünsche sollten gegebenenfalls über die Obleute im federführenden Ausschuss beantragt werden. Es sei sinnvoll, wenn sich zum SPD-Antrag zunächst die antragstellende Fraktion äußere.

Auf Vorschlag von **Thomas Eiskirch (SPD)** verständigt sich der **Ausschuss** darauf, den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 14/3837 zunächst zu schieben.

9 Verschiedenes

a) Hannover-Messe 2007

Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps berichtet kurz über die Fahrt der Ausschussdelegation zur Hannover-Messe: Die Veranstaltung sei interessant und sehenswert gewesen. Man habe zahlreiche neue Erkenntnisse darüber gewonnen, was in Nordrhein-Westfalen möglich sei und welche innovativen Firmen im Land existierten.

Er bedanke sich im Namen des Ausschusses beim Ausschussassistenten Schröder für die inhaltliche und organisatorische Betreuung der Exkursion.

(Allgemeiner Beifall)

b) Propylen-Pipeline

In der letzten Ausschusssitzung, erinnert **Thomas Eiskirch (SPD)**, habe das Thema „Propylen-Pipeline“ bereits auf der Tagesordnung gestanden. Ministerin Thoben habe für die heutige Sitzung vertiefere Informationen angekündigt.

Staatssekretär Dr. Jens Baganz (MWME) teilt mit, einen tagesaktuellen Stand vermöge er in der heutigen Sitzung nicht zu vermitteln. Das Ministerium führe aber fortlaufend Gespräche mit den betroffenen Unternehmen im Ruhrgebiet. Eine Realisierung des „Pilot 1“ erscheine nicht ausgeschlossen. Gegebenenfalls solle in der nächsten Sitzung des Ausschusses detailliert vorgetragen werden.

Vor diesem Hintergrund bittet **Thomas Eiskirch (SPD)** darum, das Thema als ordentlichen Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung aufzunehmen und einen Bericht der Landesregierung zu erhalten.

gez. Franz-Josef Knieps

Vorsitzender

be/25.04.2007/03.05.2007